

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Rist, sehr geehrter Herr Beigeordneter Schwarz,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der **CDU-Fraktion** darf ich heute die Haushaltsrede zum Haushalt 2025 der Stadt Tettngang halten.

Um es gleich vorwegzunehmen: Wir werden als CDU-Fraktion **einstimmig dem Haushalt nicht zustimmen**. Die Entscheidung war überraschend schnell getroffen aufgrund der aktuellen Situation. Wir stehen vor so großen Herausforderungen, die uns zu diesem Schritt gezwungen haben. Haben wir beim vergangenen Haushalt noch kontrovers diskutiert und uns letztendlich mehrheitlich zur Zustimmung bewegen können, gab es bereits beim letzten Haushalt mehrere Ablehnungen und konstruktive Vorschläge sowie Mahnungen auch aus unseren Reihen. Wir haben nicht den Eindruck gewonnen, dass diese Mahnungen gehört wurden.

Jetzt mit einer großteils neu zusammengesetzten Fraktion überwiegt die Empörung über unsere finanzielle Situation und die damit genommene Handlungsfreiheit in der politischen Mitgestaltung. Wir sind uns einig, dass wir jetzt gleich zu Beginn unserer Legislatur ein klares Zeichen setzen müssen. Es darf kein Stein auf dem anderen bleiben, wenn wir der Verwaltung mit dieser Ablehnung das Signal geben, alles auf Einsparmöglichkeiten zu durchforsten.

Der Arbeitsauftrag muss lauten: **10% Einsparung sind das Ziel für alle Haushalte kumuliert**. Der Fokus muss hier vor allem auch auf dem laufenden Haushalt liegen.

Die Verschuldung unserer Stadt nimmt in einem Maße zu, das unsere finanzielle Handlungsfähigkeit erheblich einschränkt. Trotz unserer Bemühungen in den vergangenen Jahren, die Schulden zu reduzieren, sehen wir uns nun mit einer besorgniserregenden Tendenz konfrontiert. Die mittelfristige Finanzplanung sieht Schulden in Höhe von bis zu 72 Millionen Euro bis 2027 vor. Dies ist eine Dimension der finanziellen Belastung, die wir nicht länger ignorieren können.

Es kann kein "weiter so" geben. Doch tun wir seit Jahren genau dies... Wir machen immer weiter... Diese Botschaft richtet sich nicht nur an die Bürgerschaft, Verwaltung und Gemeinderat, sondern auch an Land und Bund.

Unzählige Kommunen von Nord bis Süd sind in einer ähnlichen Lage wie Tettngang. Obwohl die Einnahmen stets zunehmen, bekommen wir die stetig zunehmenden Anforderungen und die damit verbundenen Ausgaben nicht in den Griff. Wir müssen gemeinsam Wege finden, um die Ausgaben zu reduzieren und die finanzielle Stabilität unserer Stadt zu sichern. Das erfordert schwierige Entscheidungen und eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik.

Selbst unserem Landkreis droht ein Haushaltsfiasko. Doch macht es sich dieser, wie öfter bemängelt und kritisiert, gewohnt leicht. Im aktuellen Haushaltsentwurf steht eine Erhöhung der Kreisumlage **von 3 Punkten(!)**. Dies würde eine Mehrbelastung von **rund 1,2 Millionen pro Jahr** für Tettngang ausmachen. Diese Belastung ist aktuell in unserem Haushalt noch gar nicht eingepreist.

Die steigenden Personalkosten sind in den Haushaltsreden seit jeher ein Kritikthema. In den letzten Jahren haben wir eine signifikante Steigerung der Personalkosten erlebt, die unsere finanziellen Ressourcen stark beansprucht. Diese Entwicklung ist alarmierend und muss dringend angegangen werden.

Und in dieser Situation wird uns als Gemeinderat wiederum ein Stellenplan präsentiert, der größtenteils erst in der Klausurtagung 2025 im März beraten werden sollte. **HÄTTE** man ihn aber bereits jetzt in den Haushalt eingearbeitet, wäre unser Haushaltsentwurf jetzt bereits **nicht genehmigungsfähig**. Über dieses Vorgehen, welches dem Gemeinderat so vorgeschlagen wurde, sind wir – sehr vorsichtig gesagt – sehr irritiert. Dies stellt uns auch vor die Frage, ob denn schon jeder in dieser Runde verstanden hat, wie schwierig unser **Haushalt TATSÄCHLICH ist...** es hat den Anschein, dass dies nicht so ist. Auch dies war ein gewichtiges Argument, den Haushalt in seiner jetzigen Form abzulehnen.

Ein weiterer Punkt für unsere Vorgehensweise ist, dass auch die **mittelfristige Finanzplanung noch gar nicht die Dimension wirklich zeigt**, weil die aufgenommenen Kredite meist mehrere tilgungsfreie Jahre haben. So sieht man erst im nächsten und übernächsten Jahr, wie schlimm es tatsächlich werden wird. Der laufende Haushalt reicht nicht mehr, um den Schuldendienst zu tätigen. Auch das wird dazu führen, dass unser Haushalt nicht mehr zu genehmigen sein wird.

Unsere Ablehnung des Haushalts soll aber natürlich auch ein **Zeichen** sein, dass wir bereit sind, **gemeinsam Lösungen zu finden**. Wir sind offen für den Dialog und möchten zusammen mit allen Beteiligten an einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Finanzpolitik arbeiten. Wir müssen strukturelle Lösungen erarbeiten. Es ist zudem wichtig, dass wir uns nicht nur auf die aktuellen Herausforderungen konzentrieren, sondern auch auf die kommenden. Nur so können wir eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik gestalten. Auch hier der Aufruf an die Verwaltung: Nutzen Sie dafür die anstehende Klausurtagung, planen Sie noch eine weitere zeitnah, rufen Sie die entsprechenden Arbeitskreise ein. Wir müssen jetzt zusammenarbeiten!

Die Auswirkungen der Verschuldung auf zukünftige Projekte sind erheblich. Mit der Entscheidung für Planungskosten werden die Projekte auch für die Folgejahre mitentschieden. Wir werden uns in den nächsten Jahren mehr denn je, den folgenden Fragen stellen müssen: Können mehrere Projekte dieser Größenordnung angegangen werden? Welche finanziellen Auswirkungen hat das auf den Haushalt unserer Stadt? Ziehen wir es vor, die Verschuldung zu erhöhen? Oder ziehen wir es vor, notwendige Projekte zu verschieben oder gar zu streichen? Jeder von uns muss sich diese Fragen stellen und im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger im besten Sinne beantworten.

Um die Verschuldung zu reduzieren, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. **Strikte Haushaltsdisziplin:** Wir müssen eine strikte Haushaltsdisziplin einhalten und alle Ausgaben kritisch überprüfen. Dies bedeutet, dass wir nur die absolut notwendigen Ausgaben tätigen und alle nicht zwingend erforderlichen Projekte verschieben oder streichen. Welche das sind? Dies kann nur über die politische Meinungsbildung funktionieren. Es kann und darf aber nicht nur die Streichung von Freiwilligkeitsleistungen sein. Vielleicht müssen wir auch bei den Pflichtaufgaben mehr in den politischen Ungehorsam gehen. Was passiert denn wirklich, wenn wir uns gezwungen sehen, dies oder das nicht umsetzen? Bevor wir über die Schließung eines Freibads in Tettngang diskutieren werden, wollen wir sicherlich nochmal die Notwendigkeit der ein oder anderen Pflichtaufgabe in Frage stellen! JA, das ist ungehorsam, aber momentan angebracht.
2. **Personalkosten senken:** Die steigenden Personalkosten sind seit jeher ein Thema. Wir müssen die Personalkosten genau analysieren und überdenken. Dies könnte bedeuten, dass wir nur wenige, absolut unerlässliche neue Stellen schaffen und die bestehenden Personalkosten durch Effizienzsteigerungen und Umstrukturierungen senken. Bis hin zu einem radikalen Einstellungsstopp muss alles denkbar sein. Muss jede Fluktuation wirklich ersetzt werden?

3. **Effizienzsteigerungen:** Durch Effizienzsteigerungen und Bürokratieabbau in allen Bereichen der Verwaltung müssen Kosten gespart werden. Dies kann schon keiner mehr hören, da dies seit Jahren in aller Munde ist. Ist es aber auch in allen Köpfen? Wird jeder Prozess hinterfragt, wie man effizienter gestalten könnte?
4. **Zusätzliche Einnahmequellen:** Wir müssen nach zusätzlichen Einnahmequellen suchen, um die finanzielle Belastung zu verringern. Dies könnte durch die Erhöhung von Gebühren und Abgaben oder durch die Einführung neuer Einnahmequellen geschehen. Wir lehnen die Erhöhung der Gewerbesteuer ab, fordern aber die Prüfung und Aufbereitung folgender Punkte für die Beratung im Gemeinderat:
 - „Zweitwohnungssteuer“
 - „Kurtaxe“
 - „Vergnügungssteuer“
 - Sowohl alle Gebührenordnungen, die älter als 5 Jahre sind, sollen auf Ihr Potenzial untersucht werden, aufbereitet werden und dem Gremium vorgelegt werden.
5. **Zusammenarbeit mit anderen Kommunen:** Durch die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen können wir ggf. Synergien nutzen und Kosten sparen. Dies könnte durch gemeinsame Projekte und den Austausch von Ressourcen erreicht werden.

Diese Maßnahmen könnten dazu beitragen, die finanzielle Situation der Stadt Tettngang zu verbessern und die Verschuldung zu reduzieren. Es ist wichtig, dass wir diese Möglichkeiten sorgfältig prüfen und umsetzen, um eine nachhaltige und stabile finanzielle Zukunft für unsere Stadt zu gewährleisten.

Wir als CDU haben auch mehrere Vorschläge aus den Projektlisten eingereicht, die eine Entlastung **von 558.000 Euro vorsieht**. Dies ist aber **bei weitem nicht genug**. Wir sind auf Vorschläge aus der Verwaltung angewiesen und hoffen durch diesen abgelehnten Haushalt auf die notwendige Energie, diese Vorschläge **zeitnah** zu präsentieren.

An dieser Stelle möchten wir von der **CDU-Fraktion aber noch klarstellen**, dass die Ablehnung des Haushaltes nicht etwa mit schlechter Arbeit der Kämmerei im Speziellen zusammenhängt. Wir möchten sogar ausdrücklich die gute und konstruktive Zusammenarbeit loben. **Ein Dank an Frau Schubert, Frau Bentele und Frau Dollmann** für die Einarbeitung der CDU-Anträge und das gute Miteinander. Wir möchten viel mehr die ganze Verwaltungsspitze aufrufen in einem konstruktiven Miteinander diese Herausforderungen an einem Strang zu lösen. Der Haushalt wird nicht von der Kämmerei allein erstellt. Es ist ein Vorschlag der gesamten Verwaltung.

Es muss ein Umdenken bei jedem Bürger und bei jeder Bürgerin, bei jedem Beschäftigten der Stadt und bei jedem Gemeinderat und jeder Gemeinderätin stattfinden. Die Strukturen müssen überdacht werden. Dies ist ein Appell an uns alle hier in diesem Raum, aber auch an die Politik in Land und Bund. Die Kommunen kommen an ihre Grenzen. Wir sehen uns deswegen gezwungen den Haushalt abzulehnen.

Vielen Dank